



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/279 - 3.12.1952

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 37654-59
Fernschreiber 039 890

Armee auf schmaler Grundlage ?	S. 1
Adenauer und de Gasperi - Bericht aus Rom -	S. 3
Fragwürdige Militärzeitschrift	S. 5
Nachwort zum Helm-Prozeß	S. 7

Auf dem Wege zur Koalitionsarmee

-ler. Um Mißverständnissen vorzubeugen: Gemeint ist nicht das militärische Allianzsystem der im Atlantik-Pakt zusammengeschlossenen 14 Länder, gemeint ist die künftige deutsche Armee, die nach dem erklärten Willen der Bonner Regierungsparteien als deutscher Beitrag zur westlichen Verteidigung in die Europa-Armee eingegliedert werden soll. Diese künftige deutsche Armee wird, sollte es zur Ratifizierung des EVG-Vertrags kommen, keine Armee des deutschen Volkes sein; sie wird eine Schöpfung der Bonner Regierungskoalition sein - also eine Koalitionsarmee. Die Mehrheit des deutschen Volkes wird ihr innerlich ablehnend und mißtrauisch gegenüberstehen, als ein ihr aufgezwungenes Fremdprodukt, behaftet mit allen Schwächen, die sich im Ernstfall von tödlicher Bedrohung erweisen werden.

Die Regierungsparteien können sich nicht einmal auf einen Auftrag ihrer Wähler berufen. Als der jetzige Bundestag gewählt wurde, stand er unter anderen Vorzeichen; es ist notwendig, daran immer wieder zu erinnern. Die Eile, mit der der Kanzler und die ihm hörige Koalition hier vorgingen, verrät ein schlechtes Gewissen. Was auch sonst noch für Gründe den Kanzler bewogen haben mögen, hier den Vordermann zu spielen, einer der wesentlichsten bleibt doch der der Furcht - der Furcht nämlich, nicht zum Ziele zu kommen, wenn die Erkenntnis der im Vertragswerk innewohnenden Gefahren noch

mehr, als es ohnehin schon geschah, Unwillen und Besorgnisse in das Volk hineingetragen hätte.

Diese Koalitionsarmee bleibt zunächst eine Gespensterarmee. Noch immer steht die Verfassungsmäßigkeit der Verträge in Frage, und solange darüber nicht befunden ist, kann und muß die Dienststelle Blank ihre Spielsoldaten in den Schubfächern bewahren. Frankreich, auch das steht heute schon fest, wird seine Ratifizierung vom Einbau weiterer Sicherungen gegen den Partner abhängig machen, mit dem es gemeinsam "Europa" (was für ein Europa?) verteidigen will. Völlig undurchsichtig aber ist die Höhe der finanziellen Belastung. Wird sie die Bundesrepublik überhaupt tragen können? Was man hier auf der einen Seite an angeblicher militärischer Sicherheit aufbaut, kann auf der anderen Seite durch die Aushöhlung des sozialen und wirtschaftlichen Gefüges zunichte gemacht werden. Die ganze Abenteuerlichkeit und Fragwürdigkeit dieser Politik wird noch mehr durch die Tatsache grell beleuchtet, daß es auch heute noch gar nicht entschieden ist, welche Richtung in der amerikanischen Politik die Oberhand gewinnt. Kein deutscher Aufrüstungsapostel kann zu seiner Unterstützung eine verantwortliche USA-Stimme im Sinne eines beabsichtigten endgültigen Bruches mit der Sowjet-Union anführen, wie es das Ergebnis der Politik der jetzigen Regierungsmehrheit im Bundestage sein muß.

Die heftigen Auseinandersetzungen im Bundestag über Inhalt und Form des deutschen Verteidigungsbeitrages werden dem Ausland, und besonders den Westmächten, denen ja so viel um der angeblichen Sicherheit Europas willen an deutschen Soldaten gelegen ist, die ganze Zerrissenheit des deutschen Volkes in dieser Schicksalsfrage vor Augen führen. Kann eine deutsche Armee, unter solch' widrigen Umständen geboren, vom rein militärischen Gesichtspunkt aus überhaupt erstrebenswert sein? Wird sie nicht von vornherein mit einem Zwiespalt belastet, der ihren militärischen Wert herabmindert? Entscheidungen von schicksalhafter Tragweite müssen von ganzen Volk getragen werden oder sie werden vor den Stürmen der Zukunft nicht bestehen. Durch die Art, wie die Koalition das ganze Vertragswerk behandelte und wie sie es nun zum Abschluß zu bringen versucht, wurden beinahe unüberbrückbare Klüfte im deutschen Volk aufgerissen. Die Westmächte dürften an diesem Danaergeschenk der Bonner Koalition, genannt "deutscher Beitrag zur europäischen Verteidigung", keine Freude erleben.

Linksentwicklung der italienischen Christlich-Demokraten

v. sch. - Rom, Anfang Dezember

Es würde sich lohnen, eine vergleichende Studie über die soziale Zusammensetzung, die führenden Persönlichkeiten und die politischen Ziele der verschiedenen christlich-sozialen oder christlich-demokratischen Parteien in West-Europa anzustellen. Es würde sich dabei herausstellen, daß im Vergleich zu dem französischen MRP, zur österreichischen Volkspartei, zu den italienischen Christlich-Demokraten und sogar zu den belgischen und holländischen Christlich-Sozialen, die deutsche CDU unter Dr. Adenauers Führung am reaktionärsten und am stärksten von großkapitalistischen Einflüssen beherrscht wird.

Der soeben zu Ende gegangene Parteitag der italienischen Christlich-Demokraten in Rom hat umgekehrt gezeigt, daß der politische Katholizismus in Italien, trotz der unmittelbaren Nähe des Vatikans und seiner durch die mächtige Katholische Aktion unablässig betriebenen Einflüsterungsversuche im konservativen Sinne, sich in den letzten Jahren eher nach links als nach rechts entwickelt hat. Bei aller einmütigen Ehrerbietung, die die italienischen Katholiken der Person des Papstes und den hohen Würdenträgern der Kirche entgegenbringen, lassen sich in ihrer großen Mehrheit die aktiven Mitglieder der Christlich-Demokratischen Partei in ihre politische Zielsetzung nicht hineinreden. Es war bezeichnend, daß sich auf diesem Parteitag nicht eine einzige Stimme offen gegen die soeben abgeschlossene Wahlallianz mit den Sozialdemokraten, Liberalen und Republikanern erhob. Durch dieses Bündnis ist der linke Zentrumskurs der gesamten Partei nicht nur für die Wahlen, sondern wohl überhaupt für die nächsten fünf Jahre festgelegt.

Als sich in der Debatte einer der bekanntesten Exponenten des rechten Flügels, der Abgeordnete de Martino, zum Wort meldete, stieß er sofort auf lauten Widerspruch, obwohl er sich die größte Mühe gab, nicht anzustoßen. Den meisten Delegierten aus dem ganzen Lande genügte eben die Tatsache, daß er als früherer Befürworter der "offenen Tür nach rechts" bekannt war, um Mißtrauen auszulösen. Noch vor einem Jahr wäre es zweifelhaft gewesen, wer im Falle eines (nur von den

Kommunisten und Faschisten gewünschten) Verschwindens Alcide de Gasperi - der immerhin bei aller erstaunlichen Rüstigkeit im 72. Lebensjahr steht - von der politischen Bühne seine Nachfolge übernehmen könnte. Man hätte vielfach auf Piccioni hingewiesen. Heute würde man eher an den Kammerpräsidenten Giovanni Gronchi denken, der als Führer des linken Flügels gilt. Er hat unter starkem Beifall die Finanz- und Sozialpolitik der Regierung als zu ängstlich-orthodox bemängelt, weil sie unter anderem das Arbeitslosenproblem ungenügend beachte. Immer wieder ertönte von unbekanntem Delegierten aus der Provinz die Mahnung, dem sozialen Elend breiter Schichten des Volkes größere Aufmerksamkeit zu schenken, wenn man den Kommunismus wirksam bekämpfen wolle.

Sehr rührig und selbstbewußt trat der gewerkschaftliche Flügel der Christlich-Demokraten auf dem Parteitag auf. So sehr, daß er sogar de Gasperi eine kleine moralische Schlappe zufügen konnte. Dieser hatte nämlich schon vor längerer Zeit den heiklen Auftrag übernommen, für den künftigen Parteiausschuß eine einheitliche Vorschlagsliste selber auszuarbeiten, auf der alle Parteirichtungen ungefähr entsprechend ihrer Stärke vertreten sein sollten. Die Gewerkschafter waren mit dem ihnen zugedachten Anteil unzufrieden. Sie veranlaßten Delegierte aus einigen norditalienischen Provinzen zu erklären, daß sie das Verfahren der Einheitsliste nicht billigen konnten. Darob gab es große Bestürzung. Infolge der Geschlossenheit der nicht allzu zahlreichen, aber disziplinierten Gewerkschaftsgruppe ist es dieser gelungen, sich eine stärkere Vertretung im neuen Parteiausschuß zu sichern.

Die Christlich-Demokraten sind, von dem für den konservativen Flügel störenden Mißklang abgesehen, aus ihrer Tagung trotz allen Meinungsgegensätzen, die bei einer so zahlreichen und sozial so verschieden zusammengesetzten Massenpartei unvermeidlich sind, als eine grundsätzlich einige Macht hervorgegangen, die den Kampf gegen die beiden Extreme aufzunehmen und zu gewinnen entschlossen ist. Sie weiß allerdings, daß sie in dieser Schlacht nur im Bunde mit der sozialistischen und der bürgerlichen Linken siegen kann. Sie hat Alternativlösungen, vor allem ein Bündnis nach rechts, überhaupt nicht in Betracht gezogen. Dr. Konrad Adenauer und Alcide de Gasperi sind zwar beide katholische Regierungschefs, aber ihre politische Grundeinstellung und Zielrichtung sind völlig verschieden.

"Militärpolitisches Forum"

E.R. Ein Bruder des verstorbenen Feldmarschalls von Reichenau, der im Vorjahre nach über zwanzigjähriger Abwesenheit aus China zurückgekehrte Ernst von Reichenau aus Wittlich, gibt seit einigen Wochen ein "Militärpolitisches Forum" als angeblich "unabhängige Zeitschrift für nationale Sicherheitsfragen Deutschlands" heraus. Sie soll der "Fixierung eines deutschen Standpunkts inmitten der Weltgegensätze" dienen. So erklärt jedenfalls der Herausgeber, der in persönlichem Gespräch hinzugefügt hat, daß er das im Donau-Verlag, Günzburg /Schw. erscheinende Blatt selber finanziere.

Zweifellos wäre eine wirklich unabhängige Zeitschrift zur militärfachlichen Erörterung der deutschen Position zwischen West und Ost erwünscht. Aber gerade in Bezug auf diesen entscheidenden Punkt gibt das von Reichenau herausgegebene "Militärpolitische Forum" zu erheblichen Bedenken Anlaß. Geschickte, fachlich getarnte "Lagebeurteilungen" können auch reine Zersetzungsbestrebungen bedeuten.

"Führungsring" mit neuem Namen

Der erste Zweifel an der Unabhängigkeit der damals erst angekündigten Zeitschrift ergab sich schon im September mit dem Nachweis der Verbindung Reichenaus zu dem kommunistisch infiltrierten "Führungsring ehemaliger deutscher Soldaten" in München. Dieser von der Bundesregierung als kommunistische Tarnorganisation bezeichnete Kreis meist ehemaliger Offiziere hat sich an der Arbeit der sogenannten "Deutschen Sammlung", die wieder aus dem kommunistischen "Arbeitskreis für deutsche Verständigung" hervorgegangen ist, beteiligt und ist in eigenen Versammlungen für kommunistische Forderungen und Ziele aufgetreten. Seine Wortführer wurden aber schnell durchschaut und damit von ihrem Publikum fast isoliert. So konnte sich die Vermutung aufdrängen, daß der "Führungsring" durch ein neues Tarnmanöver mit neuen Namen im Vordergrund seine Tätigkeit erneut zu intensivieren versuchen könnte. Sie hat sich durch die vorliegende erste Nummer des "Militärpolitischen Forums" bestätigt.

Die verblüffende Einseitigkeit der darin vertretenen Standpunkte

muß schon nachdenklich stimmen. Die Hauptfeinde einer deutschen Selbstentscheidung und einer Wiedervereinigung der getrennten Hälften des Reiches sind danach die Angloamerikaner, während "die Sowjetunion in ihrer Westgrenze - sie hat das deutlich und oft genug ausgesprochen - mehr eine zu schützende Rückseite als eine ihre Tätigkeit in Anspruch nehmende Front zu sehen scheint". Das deutsche Ziel wäre demnach, "ohne Option für die eine oder andere Machtgruppe - sozusagen zwischen den Systemen - durchzukommen". Der "Zustand einer nationalen Abhängigkeit, aus dem ganz Asien, aber auch Afrika herauswill", eine "Abhängigkeit von den Mächten, die zugleich die Vergewaltiger Asiens waren", muß folgerichtig als unerträglich gelten.

Einseitige Argumentation

In dieser Argumentation, die das "Militärpolitische Forum" kennzeichnet, ist mit keinem Wort die Tatsache des sowjetischen Imperialismus und der Vergewaltigung seiner Satelliten erwähnt. Unberücksichtigt gelassen sind alle Erfahrungen mit dem sowjetischen Totalitarismus, der sich z.B. in der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands als eine Russifizierung des gesamten kulturellen Lebens auswirkt. Mißachtet werden damit alle Ausgangspunkte der Abwehrüberlegungen des Westens. Die Diskussion wird unter Verleugnung aller Tatsachen des Kalten Krieges geführt - im Sinne einer Neutralisierung, im Sinne derjenigen Gruppen, die für eine Lösung der deutschen Frage nach sowjetischem Rezept eintreten.

Schon nach dem Eindruck des ersten Heftes muß bezweifelt werden, daß sich das "Militärpolitische Forum" als Diskussionsorgan für "alle Meinungen" anbieten wird. Es dürfte vielmehr weiter "auf eine Entscheidung drängen", deren Umriss in den programmatischen Erklärungen des Herausgebers - der übrigens wegen seiner jahrzehntelangen Abwesenheit kaum als Wortführer für deutsche Sicherheitsfragen qualifiziert sein dürfte - schon deutlich werden. Ihre Tendenz entspricht durchaus den bisher bekanntgewordenen Absichten des "Führungsrings".

+ + +

Amok - Mythos

R.G. Daß der Krieg ein frisch-fröhliches Unternehmen sei, ist uns einige Jahrtausende hindurch mit immer gleicher Hartnäckigkeit erzählt worden, und die mit so viel anschaulicher Genußsucht ausgemalte Formel Theodor Körners etwa "Du sollst den Stahl in Feindesherzen tauchen", hat denn auch immer wieder begeisterte Gefolgschaft gefunden. Daß aber auch eine Abwandlung dieser heldischen Poesie in "Du sollst den Strick um Kameradenhalse legen" glühend-gläubige Anhänger fand, ist trotz mannigfacher Beispiele nur schwer begreiflich.

Da liegen die Beispiele vor uns. Sehr viele von uns haben die Vorgänge, die sich in der Panikstimmung der totalen Selbstzerstörung im April 1945 ereigneten, mit eigenen Augen gesehen. Wir sahen, wie locker die Kugeln in den Pistolenläufen lagen, und wir gewahrten die Vorliebe für den Strick - weil die Kugel "zu schade" war - wenn es darum ging, einen im "planmäßigen" Rückzug verirrten Soldaten als Fahnenflüchtigen zu strafen. Aber in uns aufgenommen, mit dem Herzen gefühlt und mit dem Verstand begriffen, haben wir es nicht. Und jetzt hat uns der Prozeß um das Standgericht Helm gezeigt, daß es Menschen gibt, denen dieser Strick um den Kameradenhals eine Selbstverständlichkeit gewesen ist.

Nein, leider nicht "gewesen ist". Die Angeklagten haben während der ganzen Verhandlung - wie es der Staatsanwalt ausdrückte - keine Spur von Einsicht und Reue gezeigt. Sie standen zu ihren Todes-"Urteilen", die sie fast im gleichen Atemzug fällten und vollstreckten. Und der Verteidiger plädierte auf Freispruch dieser jetzt Angeklagten, weil ihnen, den einstigen Klägern und Henkern, das Bewußtsein gefehlt habe, daß sie Unrecht begingen.

Es ist das Geschäft des Verteidigers, Entschuldigungen zu finden. Aber die Angeklagten haben das Bewußtsein, daß sie Unrecht taten, noch immer nicht. Ihnen ist, was uns unbegreiflicher Wahnsinn schien, noch heute Selbstverständlichkeit.

Die Schlußfolgerung ist ernst: Jener Unsinn des Kampfes bis fünf Minuten nach zwölf ist diesen Hirnen als Sinn erschienen. Es wird keine Vernunft geben, die ihnen diesen Irrtum begreiflich macht, nachdem sich bei ihnen der Wahn eines Mythos festgesetzt hat. Gegen einen Mythos kämpft die Vernunft vergebens. Und es wird folglich nichts anderes geben als Mauern und Gitter - für sie und für manche andere, die noch unter uns herumlaufen - um die Welt vor dem Amoklauf dieses Mythos zu schützen.